

UNTERRICHTUNG

durch die Landesregierung

**Auswertung des Arbeitsprogrammes 2023 der Europäischen Kommission –
Europapolitische Begleitung durch die Landesregierung**

Die Europäische Kommission (im Weiteren Kommission) nimmt jedes Jahr ein Arbeitsprogramm an. Darin beschreibt sie, welche Maßnahmen sie im kommenden Jahr in Angriff nehmen möchte. Dem Arbeitsprogramm können die Bürgerinnen und Bürger, die an der Gesetzgebung beteiligten Organe der EU und auch die europäischen Regionen entnehmen, welche neuen Initiativen die Kommission vorlegen, welche nicht verabschiedeten Vorschläge sie zurückziehen und welche bestehenden EU-Vorschriften sie überarbeiten wird. Die rechtzeitige Analyse der Arbeitsplanung ermöglicht allen Beteiligten, sich einzustellen und die kommenden Initiativen schon von Beginn an auf allen Ebenen zu begleiten.

Unter dem Eindruck der aktuellen Krisen und mit Blick auf den nötigen ökologischen und digitalen Wandel hat die Kommission am 18. Oktober 2022 ihr Arbeitsprogramm für das Jahr 2023 angenommen. Es geht insbesondere darum, Europas Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen zu unterstützen und die Union insgesamt widerstandsfähiger zu machen.

Das Arbeitsprogramm der Kommission enthält 43 neue politische Initiativen zu allen sechs übergreifenden Zielen der politischen Leitlinien von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen

1. Ein europäischer „Green Deal“
2. Ein Europa, das für das digitale Zeitalter gerüstet ist
3. Eine Wirtschaft im Dienste der Menschen
4. Ein stärkeres Europa in der Welt
5. Förderung unserer europäischen Lebensweise
6. Neuer Schwung für die Demokratie in Europa

Das Arbeitsprogramm baut auf der Rede zur Lage der Union von Präsidentin von der Leyen aus September 2022 auf und schließt an die Ergebnisse der Konferenz zur Zukunft Europas (KZEU) an, die im Mai 2022 zu Ende gegangen ist. Eine Reihe von Vorschlägen der KZEU hat die Kommission bereits in ihr Arbeitsprogramm aufgenommen. Dazu gehören im Jahr 2023 konkrete Planungen für Bürgerpanels zu den Themen Bildungsmobilität und virtuelle Welten. Die Präsidentin der Kommission, Ursula von der Leyen, bei der Vorstellung des Arbeitsprogramms 2023: „Im Jahr 2023 werden wir eine ehrgeizige Agenda für die Bürgerinnen und Bürger umsetzen. Wir werden gegen die hohen Energiepreise vorgehen, um die Belastungen für Familien und Unternehmen in ganz Europa zu verringern, und gleichzeitig unseren grünen Wandel beschleunigen. Wir werden in der EU und in der ganzen Welt die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit verteidigen.“

1. Europäischer „Green Deal“

- Bereits vorliegende Pläne und Gesetzgebungsvorhaben

Der Europäische „Green Deal“ adressiert aktuelle klima- und umweltbedingte Herausforderungen und gibt damit die umwelt- und klimapolitische Zukunft der Europäischen Union vor. So sollen insbesondere der Klimawandel bekämpft, aber auch Artensterben und Umweltverschmutzung gestoppt werden. Gleichzeitig soll der Übergang zu einer modernen, ressourceneffizienten und wettbewerbsfähigen Wirtschaft erfolgen. Dabei wurden mit dem europäischen Klimagesetz EU-weite rechtsverbindliche Ziele zur Reduktion der Netto-Treibhausgasemissionen festgesetzt: 55 Prozent Reduktion bis 2030 im Vergleich zum Stand von 1990 und Klimaneutralität bis 2050.

Zur Umsetzung des Ziels für 2030 hat die Kommission am 14. Juli 2021 das „Fit für 55“-Paket vorgelegt. Dieses Paket schlägt konkrete Maßnahmen vor, um die Klimakatastrophe abzuwenden und dabei die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit der EU-Industrie zu erhalten sowie den erforderlichen gesellschaftlichen Wandel sozial gerecht zu gestalten. Die ersten Einigungen zum „Fit für 55“-Paket wurden bereits erzielt, wichtige Vorschläge wie die Aktualisierung der Vorschriften zu Emissionshandel, Landnutzung, Energieeffizienz oder Energiebesteuerung werden allerdings noch verhandelt und bleiben somit auch weiterhin Kern der Diskussion der gesetzgebenden EU-Institutionen.

- Neues im Arbeitsprogramm 2023

Anfang 2023 wird die Kommission als Reaktion auf die durch die Energiekrise stark gestiegenen Gaspreise unter anderem eine umfassende Reform des EU-Strommarktes vorschlagen. Diese soll insbesondere auch ein Entkoppeln der Strom- und der Gaspreise einschließen.

Weiterhin wird die Kommission die Gründung einer neuen Europäischen Wasserstoffbank vorschlagen, die 3 Milliarden Euro in Maßnahmen zur Ankurbelung eines Wasserstoffmarktes in der EU investieren wird, um den raschen Ausbau der grünen Wasserstoffwirtschaft zu unterstützen. Damit könnten sowohl Treibhausgasemissionen reduziert als auch die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern aus Drittstaaten verringert werden.

Im Rahmen der Strategie „Vom Hof auf den Tisch“, die darauf abzielt, das Lebensmittelsystem fairer, gesünder und umweltfreundlicher zu gestalten, plant die Kommission im nächsten Jahr außerdem eine Überarbeitung der EU-Tierschutzvorschriften und eine Initiative für gesunde Böden. Weiterhin sind für das kommende Jahr Maßnahmen für grünen Schienenverkehr, eine Überarbeitung der Chemikalienrichtlinie REACH sowie Maßnahmen zur Reduzierung von Abfällen und deren Auswirkungen auf die Umwelt, insbesondere im Bereich Lebensmittel- und Textilabfälle, geplant.

- Besondere Bedeutung für Mecklenburg-Vorpommern

Die neuen Vorschläge, die das zentrale Ziel des Europäischen „Green Deals“ verfolgen, den Klimawandel zu verlangsamen, werden auch auf Unternehmen, Bürgerinnen und Bürger in Mecklenburg-Vorpommern unmittelbare Auswirkungen haben. So werden neue Vorgaben geschaffen werden, an die sich Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern, insbesondere auch Landwirtinnen und Landwirte, anpassen müssen. Daneben bieten sich jedoch auch neue Chancen, besonders für innovative Unternehmen. So kann die Europäische Wasserstoffbank Möglichkeiten eröffnen, das Potenzial für die Produktion grünen Wasserstoffes in Mecklenburg-Vorpommern besser auszuschöpfen.

Weiterhin haben die Gesetzesinitiativen Einfluss auf die künftige Ausrichtung der Hafengewirtschaft. Neben der Einbeziehung der Schifffahrt in das EU-Emissionshandelssystem und der Streichung von Steuervorteilen für konventionale Treibstoffe sehen zwei Einzelmaßnahmen die Stärkung alternativer maritimer Energiesysteme vor. Dies umfasst auch die generelle Bereitstellung einer ausreichenden Infrastruktur zur Abdeckung eines Großteils der Strombedarfe für größere Container- und Fahrgastschiffe, sofern diese eine gewisse Anzahl von Anläufen überschreiten und keine eigenen emissionsfreien Technologien (beispielsweise Wasserstoff) einsetzen.

Für die Landstromnutzung sind umfangreiche Investitionen sowohl an Land als auch an Bord zur Transformation unterschiedlicher Spannungen und Frequenzen erforderlich.

Eine Reform des EU-Strommarktes soll geringere Strompreise und damit Entlastungen für die Bürgerinnen und Bürger der EU erbringen. Am europäischen Strommarkt werden die Preise nach dem „Merit-Order-System“ vor allem von Gaskraftwerken vorgegeben. Erst werden demnach die Kraftwerke mit den geringsten Grenzkosten genutzt (z. B. Atomkraftwerke) und nach Bedarf teurere zugeschaltet (z. B. Gaskraftwerke). Das teuerste noch gebrauchte Kraftwerk setzt dann den Preis. Da der Gaspreis vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine stark angestiegen ist, ist daher auch Strom teurer geworden. Eine Reform des europäischen Strommarktes könnte diesen Mechanismus überarbeiten, sodass Verbraucher etwa für günstig produzierten Strom aus Sonne und Wind weniger bezahlen. Bisher ist allerdings offen, wie genau das System reformiert werden könnte. Pläne, den Strommarkt in eine fossile und eine erneuerbare Sparte aufzuteilen, wurden bereits heftig kritisiert.

2. Ein Europa für das digitale Zeitalter

- Bereits vorliegende Pläne und Gesetzgebungsvorhaben

Mit ihrer Digitalstrategie will die EU dafür sorgen, dass der Wandel durch digitale Technologien für Menschen und Unternehmen erfolgreich umgesetzt wird und einen Beitrag zur Klimaneutralität Europas bis 2050 leisten. Das kommende Jahrzehnt soll zur „Digitalen Dekade Europas“ werden. Europa will hierzu seine digitale Souveränität ausbauen und eigene Standards setzen, statt anderen zu folgen, die bislang vor allem von US-amerikanischen Unternehmen gesetzt werden. Der Schwerpunkt soll dabei auf Daten, Technologie und Infrastruktur liegen. Die Kommission hat u. a. schon Rechtsakte zur Cybersicherheit, zur Anpassung von Haftungsregeln, zur Versorgungssicherheit mit Chips und zur Stärkung der Verteidigungsindustrie vorgelegt.

- Neues im Arbeitsprogramm 2023

Die Kommission wird EU-Maßnahmen vorschlagen, die als Basis für die digitale und wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit Europas dienen und einen angemessenen und diversifizierten Zugang zu kritischen Rohstoffen sichern sollen. Zum 30-jährigen Bestehen des Binnenmarktes (eingeführt mit dem Vertrag von Maastricht, der am 1. November 1993 in Kraft getreten ist) sollen in 2023 dessen Vorteile herausgestellt, dabei aber auch bestehende Umsetzungslücken aufgezeigt und beseitigt werden. So soll der Verwaltungsaufwand der kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) durch eine Überarbeitung der Zahlungsverzugsvorschriften verringert werden. Ein weiteres Thema ist die Unterstützung von Unternehmen durch digitale Werkzeuge und Verfahren im Gesellschaftsrecht für vereinfachte Verwaltungs- und Gerichtsverfahren. Ein Vorschlag für einen gemeinsamen europäischen Mobilitätsdatenraum und ein EU-Rechtsrahmen für den sogenannten „Hyperloop“ als Vorbereitung auf neue Mobilitätslösungen soll vorgelegt werden (ein Hyperloop ist ein in der Entwicklung befindliches Hochgeschwindigkeitsverkehrssystem, bei dem sich Kapseln in einer weitgehend luftleeren Röhre auf Luftkissen gleitend mit nahezu Schallgeschwindigkeit fortbewegen).

- **Besondere Bedeutung für Mecklenburg-Vorpommern**

Die Regelungen werden die Unternehmen, Bürgerinnen und Bürger unmittelbar betreffen. Sie stellen eine wichtige Weichenstellung für die Zukunft der Wirtschaft dar. Vereinfachung durch digitale Verfahren entlasten sowohl die Wirtschaft, die Verbraucherinnen und Verbraucher und auch die Verwaltung. Trotzdem werden einige Maßnahmen zunächst in der Umsetzung einen erhöhten Arbeitsaufwand verursachen, wenn Verfahren umgestellt werden müssen. Daneben geben die neuen Vorschriften auch Rechtssicherheit in Bezug auf neue Technologien, zum Beispiel bei Künstlicher Intelligenz (KI).

Die Eröffnung virtueller Welten ist eine Chance für die ortsunabhängige soziale Integration vieler Menschen. Das könnte insbesondere in ländlichen Teilen Mecklenburg-Vorpommerns sinnvoll sein, um Einsamkeit zu reduzieren.

Die Prävention und Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern hat in Mecklenburg-Vorpommern einen sehr hohen Stellenwert. Ein Ansatz der Kommission besteht in einer KI-basierten Echtzeitüberwachung ausgetauschter Kommunikation über Messengerdienste. Hierbei sind aber potenzielle Risiken zu berücksichtigen (z. B. fehlerhafte Meldungen oder das Gefühl, stark überwacht zu werden).

3. Eine Wirtschaft im Dienste der Menschen

- **Bereits vorliegende Pläne und Gesetzgebungsvorhaben**

Zentrale Elemente des Klimaschutzes und des Gesetzgebungspaketes „Fit for 55“ müssen in der Wirtschaft umgesetzt werden. Hierzu zählt nicht nur die Umstellung auf die Kreislaufwirtschaft, sondern auch Nachhaltigkeit ganzer Wertschöpfungs- und Lieferketten, z. B. in der Energie- und Bauwirtschaft, aber auch im Mobilitätssektor und produzierenden Gewerbe. Die Umsetzung dieser Maßnahmen wurde im Jahr 2022 zum Teil jedoch ausgebremst, weil der Ukrainekrieg und die in der Folge stark gestiegenen Energiepreise direkt auf die Wirtschaft durchschlagen.

- **Neues im Arbeitsprogramm 2023**

Die Kommission wird die wirtschaftspolitische Steuerung überprüfen. Zur Stärkung des Haushaltes der Union wird es zudem eine Halbzeitüberprüfung des EU-Haushaltes für 2021 bis 2027 geben und einen Vorschlag für neue sogenannte Eigenmittel (aufbauend auf dem Vorschlag für ein einheitliches Regelwerk für die Unternehmensbesteuerung in Europa). [Hintergrund: Der EU-Haushalt wird aus drei Einnahmequellen, den sogenannten Eigenmitteln, gespeist (Zolleinnahmen, Mehrwertsteueranteile und Zahlungen auf Basis der Bruttonationalprodukte der Mitgliedstaaten).]

Weitere Themen sind ein Vorschlag mit Grundsätzen für den digitalen Euro und eine Aktualisierung des Qualitätsrahmens für Praktika – mit Blick auf eine gerechte Entlohnung, Zugang zu sozialem Schutz und eine gestärkte soziale Resilienz Europas.

Dieses Arbeitsprogramm wurde in einer Zeit großer wirtschaftlicher Unsicherheit festgelegt. Daher ist die Kommission bereit, nach dem Winter eine Neubewertung vorzunehmen, insbesondere hinsichtlich der Maßnahmen, die die Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigen können.

- Besondere Bedeutung für Mecklenburg-Vorpommern

Die Halbzeitüberprüfung des EU-Haushaltes 2021 bis 2027 dürfte ergeben, dass die EU zusätzliche Finanzmittel benötigt, z. B. um eingegangene Zusagen zur Finanzierung der europäischen Energieversorgung sowie gegenüber der Ukraine einhalten zu können. Damit dürfte auch Druck auf die Kohäsionspolitik und ihr Budget von über 360 Milliarden Euro entstehen.

In Brüssel ist die Kohäsionspolitik nicht unumstritten. Die geteilte Mittelverwaltung, bei der die Fördermittel nach europäischen Regeln, aber nach Prioritäten der Regionen bzw. in Deutschland des jeweiligen Bundeslandes eingesetzt werden, gilt in Brüssel als vergleichsweise langsam und bürokratisch. Besonders wird kritisiert, dass die Fördermittel schlecht abfließen, weil die dafür zu erstellenden operationellen Programme erst spät verabschiedet werden. Deswegen gibt es in Brüssel zahlreiche Stimmen, die eine Zentralisierung der Förderprogramme fordern, wie es z. B. im Forschungsrahmenprogramm Horizon Europe oder beim KMU-Programm COSME (Competitiveness of Enterprises and Small and Medium-sized Enterprises, Wettbewerbsfähigkeit der kleinen und mittelständischen Unternehmen) angewandt wird. Aus Landessicht sollte dem entgegengewirkt werden. Nur vor Ort in den Bundesländern und anderen europäischen Regionen sind die lokalen Bedürfnisse bekannt, können diese fachgerecht beurteilt und Lösungsansätze gefunden werden. Zentralisierte Förderprogramme bergen zudem immer die Gefahr, dass einzelne Regionen wenig bzw. gar keine Förderung erhalten oder die Fördermittel mit der Gießkanne verteilt werden.

Außerdem gilt es, die in der Regionalpolitik erreichten Erfolge auch in Zukunft durch Regionalfördermittel zu sichern. Sonst könnte die Verwirklichung des im EU-Vertrag festgeschriebenen Zieles des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhaltes gefährdet werden.

4. Ein stärkeres Europa in der Welt

- Bereits vorliegende Pläne und Gesetzgebungsvorhaben

Die EU will ihrer Stimme in der Welt mehr Gewicht verleihen, indem sie für Multilateralismus und eine regelbasierte globale Ordnung eintritt. Die Vertretung nach außen obliegt innerhalb der Nationalstaaten der Zentralebene und im Rahmen der Kompetenzen der Europäischen Union dem Europäischen Auswärtigen Dienst unter der Leitung des Hohen Vertreters der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik, zurzeit Herrn Josep Borrell (S&D, Spanien). In den letzten Jahren gab es immer wieder Situationen, in denen die Europäische Union Schwierigkeiten hatte, sich geopolitisch (rechtzeitig) zu positionieren und europäische Interessen in der Folge wirksam zu vertreten.

Deshalb hat sich die Kommission sich mit Beginn der Präsidentschaft von Ursula von der Leyen vorgenommen, als „geopolitische Kommission“ stärker in Erscheinung zu treten und Europa entsprechend durchsetzungsstark im weltweiten Kontext zu vertreten. Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat diesem Ziel noch einmal eine besondere Bedeutung verliehen.

- Neues im Arbeitsprogramm 2023

Angesichts des Krieges in der Ukraine verstärkt die EU ihre Anstrengungen im Bereich der Sicherheit und Verteidigung. Dazu gehört eine Weltraumstrategie der EU für Sicherheit und Verteidigung, eine neue EU-Strategie für maritime Sicherheit und eine Ergänzung der Sanktionsinstrumente rund um das Thema Korruption. Weiterhin soll es neue Impulse für die Beziehungen zu Lateinamerika und der Karibik geben, die Zusammenarbeit mit den Bewerberländern des westlichen Balkans sowie mit der Ukraine, Moldau und Georgien im Hinblick auf ihren künftigen Beitritt zur Union soll fortgesetzt werden.

- Besondere Bedeutung für Mecklenburg-Vorpommern

Die Außenpolitik in Deutschland ist in der politischen Verantwortung der Bundesregierung. Innerhalb des gesetzten außenpolitischen Rahmens engagiert sich Mecklenburg-Vorpommern in der Ostseeregion, in bilateralen Beziehungen und auf multilateraler Ebene in Brüssel. Mecklenburg-Vorpommern leistet einen wichtigen Beitrag durch die weitere Intensivierung der traditionell bereits guten Beziehungen zu den demokratischen Staaten rund um die Ostsee. Der „MV Kooperationsrat demokratischer Ostseeraum“ soll die Landesregierung dabei unterstützen, Verbindungen und Beziehungen zu intensivieren, vor allem auf den Gebieten der erneuerbaren Energien, der maritimen Wirtschaft, im Tourismus, in der Wissenschaft und Kultur.

Außerdem setzt die Landesregierung unter der Federführung des Ministeriums für Wissenschaft, Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten eine aktive Europapolitik um, die sich im Land u. a. an zahlreichen Aktivitäten rund um das Jahr der Jugend manifestiert hat. Auch in Brüssel ist die Landesregierung durch die aktive Arbeit der Landesvertretung präsent, nicht zuletzt durch die Brüsselreise der Landesregierung am 26. und 27. September 2022 und weitere hochrangige Treffen von Vertreterinnen und Vertretern der Landesregierung mit Mitgliedern der EU-Kommission und des EU-Parlaments.

5. Förderung unserer europäischen Lebensweise

- Bereits vorliegende Pläne und Gesetzgebungsvorhaben

Dieser Handlungsschwerpunkt umfasst ein breites Spektrum verschiedener Bereiche – von der Sicherheits-, Asyl- und Gesundheitspolitik bis hin zum Bildungsbereich.

Aufgrund der Corona-Pandemie plante die Kommission in den vergangenen Jahren, die Reaktionsmöglichkeiten der Europäischen Union auf grenzüberschreitende Gesundheitsbedrohungen zu stärken. Dazu will sie unter anderem den Datenaustausch im europäischen Raum verbessern.

Die Kommission legte 2020 neue Vorschläge zur Anpassung des Asylrechtes vor, welche das bestehende System von 2013 reformieren sollen. Diese sind aber unter den Beteiligten des Gesetzgebungsverfahrens weiter umstritten. Besonders beim Solidaritätsmechanismus zur Flüchtlingsverteilung liegen die Positionen weit auseinander. Im Rat ist dazu ein ehrgeiziger Zeitplan verabschiedet worden, der eine Einigung bis 2024 anstrebt.

Bei den Sicherheitsbehörden soll der Informationsaustausch und die Zusammenarbeit verbessert werden. Die Kommission hat beim Thema Sicherheitsunion vier strategische Prioritäten: ein zukunftsfähiges Sicherheitsumfeld, die Bewältigung sich wandelnder Bedrohungen, der Schutz der Europäerinnen und Europäer vor Terrorismus und organisiertem Verbrechen und eine starke europäische Sicherheitsgemeinschaft. Daneben liegen Vorschläge zur Bekämpfung von Kindesmissbrauch und zur Abschöpfung und Einziehung von illegal erworbenen Vermögenswerten vor.

- Neues im Arbeitsprogramm 2023

Nur 15 Prozent aller jungen Menschen in der EU haben ein Studium, eine Ausbildung oder ein Praktikum in einem anderen EU-Land absolviert. Eine Aktualisierung des EU-Rahmens für die Lernmobilität soll den Wechsel zwischen den Bildungssystemen erleichtern. 2023 ist das Europäische Jahr der Aus- und Weiterbildung. Dazu passend plant die Kommission Vorschläge, wie durch die Anerkennung der Qualifikationen von Drittstaatsangehörigen hochqualifizierte Fachkräfte gewonnen werden können. Eine Initiative für eine neue Akademie für Cybersicherheitskompetenzen soll diese strategisch sehr wichtige Kompetenz stärken.

Im Hinblick auf einen widerstandsfähigen und sicheren Schengen-Raum ohne Grenzen wird die Kommission neue Rechtsvorschriften über die Digitalisierung von EU-Reisedokumenten und die Erleichterung von Reisen vorschlagen.

Eine zentrale Initiative der Konferenz zur Zukunft Europas betraf die Europäische Gesundheitsunion. Ein umfassender Ansatz zum Thema geistige Gesundheit soll weiterentwickelt werden. Dazu kommt eine überarbeitete Empfehlung zu rauchfreien Umgebungen und eine neue Empfehlung zu Krebsarten, die sich durch Impfung verhüten lassen.

- Besondere Bedeutung für Mecklenburg-Vorpommern

Von den Maßnahmen im Gesundheitssektor profitieren die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar, aber auch für die Gesundheitswirtschaft kann dies von Vorteil sein, wenn grenzüberschreitende Maßnahmen gefördert und gute Beispiele auf europäischer Ebene ausgetauscht werden.

Die Initiative für einen „Europäischen Raum für Gesundheitsdaten“ wird ausdrücklich unterstützt. Es handelt sich um ein äußerst sinnvolles und notwendiges Anliegen, das einen Binnenmarkt für elektronische Patientendatensysteme, relevante Medizinprodukte und Hochrisikosysteme sowie ein kohärentes und vertrauenswürdiges Umfeld für Forschung schaffen soll.

Die Zusammenführung der verfügbaren Gesundheitsdaten ist aus Steuerungssicht begrüßenswert, um evidenzbasierte Planungen vorzunehmen. Teilweise sind in Mecklenburg-Vorpommern wichtige Gesundheitsdaten nicht verfügbar oder können nur sehr kostenintensiv über Dritte zusammengestellt werden. Durch mehr Daten würden sich mehr Vergleichsmöglichkeiten zu vergleichbaren Regionen oder Bevölkerungsgruppen ergeben.

Von besonderer Bedeutung für Mecklenburg-Vorpommern ist auch die Frage der Fachkräftegewinnung. Mecklenburg-Vorpommern arbeitet daran, die Rahmenbedingungen für die betriebliche Fachkräftesicherung und Fachkräftegewinnung für die Unternehmen im Land zu verbessern und sicherzustellen, dass die Fachkräftebedarfe in der Zukunft insgesamt bestmöglich gedeckt werden können. Hier sollten die europäischen Initiativen einbezogen werden. Mit Blick auf die alternde Bevölkerung nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern gibt es steigende Bedarfe an Gesundheitsfachkräften. Durch den Tourismus wird dieser Bedarf noch verstärkt. Diesem Bedarf muss das Land durch Aus- und Weiterbildung, aber auch qualifizierte und zuverlässige Anerkennungsverfahren für ausländische Absolventen Rechnung tragen. Hier gilt es auch, europapolitisch einen Schwerpunkt zu setzen.

Eine Reform des Asylsystems beeinflusst direkt das Verfahren zur Aufnahme von Flüchtlingen in Mecklenburg-Vorpommern. Die jüngsten geopolitischen Entwicklungen haben die Zahl der ankommenden Menschen nach Mecklenburg-Vorpommern erhöht.

Die Verbesserung des polizeilichen Datenaustausches und der Zusammenarbeit ist für die Aufklärung von Verbrechen, insbesondere in grenzüberschreitenden Fällen, für die Sicherheitsbehörden von Vorteil.

6. Neuer Schwung für die Demokratie in Europa

- Bereits vorliegende Pläne und Gesetzgebungsvorhaben

In der Medienpolitik plant die Kommission mit dem Medienfreiheitsgesetz ein neues Regelwerk zum Schutz des Pluralismus und der Unabhängigkeit der Medien in der EU. Die vorgeschlagene Verordnung umfasst unter anderem Schutzvorkehrungen gegen politische Einflussnahme auf redaktionelle Entscheidungen und gegen Überwachung. Der Schwerpunkt liegt auf der Unabhängigkeit und stabilen Finanzierung öffentlich-rechtlicher Medien sowie auf der Transparenz von Medieneigentum. Dieser Vorschlag berührt unmittelbar die Gesetzgebungskompetenz der Länder. In einem anderen Vorschlag sollen Medienvertreter vor missbräuchlichen Klagen geschützt werden (sogenannten SLAPP-Klagen – Strategic Litigation Against Public Participation, Strategische Prozessführung gegen öffentliche Beteiligung).

Die Kommission plant, in spezifischen Kriminalitätsfeldern die Strafverfolgung anzupassen, dazu gehört unter anderem die Gewalt gegen Frauen, häusliche Gewalt, Hetze und Hasskriminalität. Auch soll die Zusammenarbeit der Behörden verbessert werden, z. B. durch bessere Digitalisierung.

Die Kommission will im kommenden Bericht über die Rechtsstaatlichkeit wieder spezifische Empfehlungen an die Mitgliedstaaten richten. Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit will sie dabei weiter konsequent verfolgen, was sich insbesondere gegenüber einigen Mitgliedstaaten aus dem Osten Europas zeigt. Zur Anpassung des europäischen Wahlrechtes hatte sie 2021 Vorschläge vorgelegt, die weiter beraten werden. Der Verbraucherschutz soll weiter gefördert werden. Derzeit liegen Vorschläge zur Richtlinie über Verbraucherkredite und Verordnung über das auf die Drittwirkung von Forderungsübertragungen anzuwendende Recht vor.

- Neues im Arbeitsprogramm 2023

Im Jahr 2023 wird die Kommission ein Paket zur Verteidigung der Demokratie vorlegen, das auch eine Initiative zum Schutz des demokratischen Raumes der EU vor externen Interessen umfassen wird. Weitere Pläne sind ein EU-Behindertenausweis, der die gegenseitige Anerkennung des Behindertenstatus in allen Mitgliedstaaten sicherstellt, das Schließen von Lücken beim Rechtsschutz gegen Diskriminierung aus Gründen der Rasse oder der ethnischen Herkunft und die Nutzung von weiteren Möglichkeiten, um den Verwaltungsaufwand zu vereinfachen, zu verringern und nachhaltiger zu gestalten – im Einklang mit den Grundsätzen für eine bessere Rechtsetzung. Eingebunden wird eine hochrangige Gruppe von Interessenvertretern.

- Besondere Bedeutung für Mecklenburg-Vorpommern

Das Arbeitsprogramm wird aus sozialpolitischer Sicht im Hinblick auf die Herstellung gleicher Rechte innerhalb der Europäischen Union grundsätzlich befürwortet. Mit seiner Grundausrichtung einer Stärkung der Demokratie und Integration sowie der gleichwertigen Behandlung aller Bürgerinnen und Bürger innerhalb der Europäischen Union ist das Arbeitsprogramm 2023 aus sozialpolitischer Sicht zu unterstützen.

Die Maßnahmen im Bereich der Medien haben direkte Auswirkungen auf die Gesetzeskompetenz der Bundesländer und auf bestehende Gesetze, u. a. auch auf den Medienstaatsvertrag. Hier bedarf es besonderer Aufmerksamkeit im europäischen Gesetzgebungsprozess.

Regelungen für die Strafverfolgung beeinflussen direkt die Arbeit der Behörden in Mecklenburg-Vorpommern. Dabei muss gewährleistet sein, dass sich diese positiv auf deren Arbeit auswirken und keine neuen bürokratischen Hürden geschaffen werden. Dies sollte auch im Falle von Vereinfachungen des Verwaltungsaufwandes der Fall sein.